

Dazu meine Fragen an Sie, Herr Minister:

- Gibt es bezüglich dieser Entwicklung genauere Zahlen für die Deutschsprachige Gemeinschaft?
- Was gedenken Sie zu tun, um dieser ungünstigen Entwicklung Einhalt zu gebieten? Gibt es konkrete Pläne für die Aufklärungsarbeit?

Antwort

Medikamente unterliegen der Verschreibungspflicht durch einen Arzt. Dieser Bereich unterliegt der föderalen Zuständigkeit.

Zum Medikamentenkonsum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegen derzeit keine aktuellen Zahlen vor. Die auf unsere Gemeinschaft bezogenen Ergebnisse der nationalen Gesundheitsbefragung werden voraussichtlich im Herbst 2015 vorliegen. Wir können allerdings auf die gemeinschaftsspezifischen Resultate verweisen, die aus der nationalen Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2008 hervorgehen (www.enquetesante.be).

Demzufolge wurde 2008 in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein intensiver Gebrauch von Psychopharmaka festgestellt. 15 % der Befragten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilten mit, innerhalb der letzten zwei Wochen vor der Befragung psychotrope Medikamente eingenommen zu haben (wovon 13 % Schlafmittel, 7 % Beruhigungsmittel, 3 % Antidepressiva, 77 % verschiedene Medikamente gleichzeitig). Frauen konsumieren mehr als Männer. Außerdem steigt die Nutzung von psychotropen Medikamenten mit dem Alter. Je niedriger der Schulabschluss, desto höher der Konsum.

In der Vergangenheit hat der Medikamentenkonsum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft signifikant zugenommen: 5 % im Jahr 1997, 6 % im Jahr 2002, 12 % im Jahr 2004 und 15 % im Jahr 2008.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist für die Gesundheitsförderung und somit für Aufklärung und Sensibilisierung zuständig. Das Thema „Sucht“ gehört zum Aufgabenbereich der Einrichtung ASL, die auch in der Vorbeugung von überhöhtem Medikamentenkonsum aktiv ist.

Im aktuellen Vertrag 2015 haben wir den Auftrag an die ASL zu diesem Thema verstärkt und ihr darüber hinaus aufgetragen, das Zielpublikum Senioren, das sich bekanntlich durch einen hohen Medikamentenkonsum auszeichnet, stärker zu sensibilisieren.

Wenn die spezifisch auf unsere Gemeinschaft bezogenen Ergebnisse der nationalen Gesundheitsbefragung 2013 vorliegen (voraussichtlich im September 2015), wird die ASL gegebenenfalls weitere gezielte Maßnahmen ausarbeiten und ausführen.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird im ersten Halbjahr 2015 weitere Aktionen zur Umsetzung der REK-Vision vorgeben. Hier wird im Rahmen der flächendeckenden Gesundheitsplanung auch der Vorsorge innerhalb der Gesundheitsplanung eine wichtige Rolle zugedacht werden.

Schriftliche Frage Nr. 9 vom 2. Dezember 2014 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis zur Information des Zentrums Kaleido über Krankheit, Impfung und Nebenwirkungen in Bezug auf die Human-Papillomavirus-Impfung

Frage

Vor kurzem erhielten die Eltern aller Mädchen des 2. Sekundarschuljahres in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schriftlich ein Formular zwecks Einverständniserklärung in Bezug auf die kostenlose Human-Papillomavirus-Impfung durch das Zentrum Kaleido.

Auf der Rückseite dieses Schreibens befand sich ein Informationstext, der über Krankheit, Impfung und Nebenwirkungen aufklärt.

Könnten Sie uns bitte mitteilen, welcher Quelle diese Informationen entnommen wurden? Wurde der Text von neutraler Seite auf seine Richtigkeit geprüft? Wer hat die Veröffentlichung abgesegnet?

Antwort

Seit dem Schuljahr 2011-2012 wird die Impfung zum Schutz vor Gebärmutterhalskrebs im Rahmen der schulärztlichen Untersuchungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kostenlos angeboten.

Die Entscheidung, ein Mädchen impfen zu lassen, obliegt seinen Eltern.

Die betroffene Zielgruppe, d. h. die jugendlichen Mädchen des 2. Sekundarschuljahres und die betroffenen Eltern, werden informiert. Die Aufklärung erfolgt mittels eines Elternschreibens und einer beigefügten Information zur HPV-Impfung vor der angebotenen Schuluntersuchung. Diese Richtlinien sind von der Arbeitsgruppe der Dienste der Schulgesundheitsvorsorge gemeinsam erarbeitet worden. Die Koordination dieser Arbeitsgruppe oblag dem Fachbereich Gesundheit des Ministeriums.

Die Arbeitsgruppe wurde im Jahr 2001 nach Verabschiedung des Erlasses der Regierung über die Festlegung des Reformprogramms in der Schulgesundheitsvorsorge ins Leben gerufen und setzte sich aus Vertretern des Krankenpflegepersonals und der Ärzteschaft der damaligen Gesundheitszentren von Eupen und St. Vith sowie Vertretern der damaligen PMS-Zentren von Eupen und St. Vith zusammen.

Im Hinblick auf die Ausarbeitung des Dokuments ließ sich die Arbeitsgruppe sachkundig beraten und basierte ihre Rechercharbeit u. a. auf Informationsfaltblätter zur HPV-Impfung, die von der Französischen Gemeinschaft, der Flämischen Gemeinschaft sowie von den Gesundheitsministerien Deutschlands, der Schweiz und der Niederlande herausgegeben wurden.

Die Informationsbroschüre für die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde schließlich im Sommer 2011 vom Fachbereich Gesundheit in Zusammenarbeit mit der interuniversitären Fachstelle PROVAC (*Programme de vaccination*) fertiggestellt. Diese Beratungsstelle setzt sich aus Vertretern der belgischen Universitäten ULB, UCL und ULg zusammen und verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Impfthematik. Sie berät und unterstützt die Französischsprachige Gemeinschaft bei der Ausarbeitung eines Impfplans.

Verantwortlicher Herausgeber war im Jahr 2011 der Generalsekretär des Ministeriums, Herr Norbert Heukemes. Die damalige Regierung wurde über die Broschüre „Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs“ und deren Inhalt informiert.

Im September 2014 haben sich alle Dienste der Schulgesundheitsvorsorge, der Dienst für Kind und Familie und die Schulzahnpflege zum neuen Dienst Kaleido zusammengeschlossen. Die Inhalte der Informationsbroschüre zur HPV-Impfung wurden von Kaleido übernommen. Eine Überarbeitung ist momentan nicht vorgesehen. Verantwortlicher Herausgeber ist nunmehr das Zentrum Kaleido.

Schriftliche Frage Nr. 10 vom 2. Dezember 2014 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis zu den konkreten Plänen in Bezug auf Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Gesundheitserziehung

Frage

Im Bericht zu den Aufgabenbereichen des Ausschusses IV werden in Zusammenhang mit der Staatsreform in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eigene Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Gesundheitserziehung angekündigt.